

Mehr Anerkennung von Gleichheit und Besonderheit

© Hanns-Seidel-Stiftung



Deklariertes Ziel von Professor Männle: eine inklusive Gesellschaft.

Über die Inklusion von Menschen mit Autismus in Bayern und die Herausforderungen für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft diskutierten Mitte April über 300 Teilnehmer mit Experten im Rahmen einer Fachtagung. Bereits zum zweiten Mal lud die Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit dem Autismuskompetenzzentrum ein, zu erörtern, wie eine inklusive Gesellschaft gelebt werden kann und wie die Bedürfnisse und Lebenswelten von Menschen mit Autismus mehr Berücksichtigung finden können.

Professor Ursula Männle, Staatsministerin a. D. und stellvertretende Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, betonte in ihrer Eröffnungsrede, dass zur Realisierung einer inklusiven Gesellschaft ein gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozess notwendig sei, der einen Bewusstseinswandel aller Menschen erfordere. „Dazu gehört auch ein veränderter Wertewandel der gesellschaftlichen Systeme.“ Sie begriff Inklusion als die Anerkennung und Achtung der „Gleichheit“ und der „Besonderheit“ des Individuums. Gleichheit setze dabei die „Achtung der Besonderheit“, wie die „Anerkennung der Heterogenität“ voraus. Nur wenn die Gesellschaft Inklusion als permanenten, gemeinschaftlichen Prozess begreife, könnten die Bedürfnisse von Menschen mit Autismus noch mehr Berücksichtigung finden. Mit der Tagung erhofft sich Männle einen wichtigen Beitrag zur Bewusstwerdung und Verbesserung von Inklusion zu leisten und forderte eine noch gezieltere Umsetzung von Inklusion im Alltag. Joachim Unterländer, MdL und Stellvertreter der Vorsitzender des Landtagsausschusses für Soziales, Familie und Arbeit bedankte sich bei

den Organisatoren der Veranstaltung und den Gründern des Autismuskompetenzentrums Oberbayern: „Mit diesem Zentrum verfügen wir über die Grundlage für Kooperation, Vernetzung und Zusammenarbeit und bündeln Kompetenz.“ Er betonte, dass Inklusion im Alltag erlebbar werden muss. Derzeit sei die Politik auf dem Weg, die Grundlagen der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern wie auch in Deutschland in einem Aktionsplan umzusetzen, der alle Lebensbereiche und Politikfelder umfasse. „Autismus muss hier als eine bestimmte, sehr individuell geprägte Form von Behinderung in den Aktionsplan einbezogen werden“, betonte Unterländer.

Burkhard Rappl, Ministerialdirigent des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) beschrieb die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft als eine der zentralen Herausforderungen für die kommenden Jahre, als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich alle Ebenen stellen müssten. So sei es Auftrag des Sozialministeriums, den Inklusionsgedanken zeitgemäß umzusetzen oder Anstöße dafür zu geben, dass Strukturen entstehen, die es Menschen mit Behinderung ermöglichen, von Anfang an

und in vollem Umfang an der Gesellschaft teilhaben zu können und „Mitten drin statt nur dabei!“ zu sein. Rappl beschrieb dies als Prozess, der nur im Zusammenwirken bzw. Dialog mit den betroffenen Menschen, den Angehörigen, den Fachkräften, den Leistungserbringern und den Kosten- und Einrichtungsträgern sowie den Autismus-Kompetenzzentren besprochen werden könne.

Nach der Eröffnung und Begrüßung hörte das Publikum Vorträge von Referenten aus Wissenschaft, Versorgung und Politik sowie von Betroffenen und Angehörigen.

In der abschließenden Diskussionsrunde stellten sich die Referenten den Fragen des Auditoriums.

Sophia Pelzer (BLÄK)

Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern

Mit Blick auf die Einwilligung in ärztliche Eingriffe spielt bei der Behandlung von Kindern die elterliche Sorge eine wichtige Rolle. In dem Zusammenhang kann künftig auch das Sorge-



Abgeordnetentreffen im Vorfeld des Deutschen Ärztetags – Mitte Mai trafen sich 29 der 39 Abgeordneten zum Deutschen Ärztetag im Ärztehaus Bayern zum Informationsaustausch und um einzelne Tagesordnungspunkte im Vorfeld zu diskutieren. Der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Dr. Max Kaplan, stimmte die Abgeordneten auf den Deutschen Ärztetag ein, bei dem unter anderem folgende Themen auf der Agenda stehen: Anforderungen an eine Krankenversicherung in der Zukunft, gesundheitliche Auswirkungen von Armut, die Überarbeitung der (Muster-)Fortbildungsordnung und die (Muster-)Weiterbildungsordnung.

Diskussionsbedarf gab es vor allem beim Thema Krankenversicherung der Zukunft. Hier verwies der Präsident auf den Beschluss des vergangenen 115. Deutschen Ärztetags in Nürnberg: an dem dualen System soll festgehalten werden bei gleichzeitiger Weiterentwicklung. Weitere Themen, zu denen die Abgeordneten beabsichtigen, Anträge einzubringen, betreffen unter anderem die Weiterbildung, Substitution und die elektronische Gesundheitskarte.

Sophia Pelzer (BLÄK)